

01.06.2018 - In Groningen bebt die Erde

Gegen Gas und für Klimagerechtigkeit in den Niederlanden

von Johanna Frei*

Im August werden Hunderte internationale Aktivistinnen und Aktivisten in der niederländischen Provinz Groningen zu einem Protestcamp erwartet. Der Grund: In Groningen bebt immer wieder die Erde.

Das letzte große Beben ereignete sich im Januar 2018 mit einer Stärke von 3,4 auf der Richterskala. Die Beben werden durch die seit 1963 betriebene massive Erdgasförderung in der Region verursacht. Das Groninger Gasfeld war damals das größte bekannte Feld der Welt und machte die Niederlande zum größten Gasproduzenten Europas. Das Gas wird zum Beheizen von Haushalten und Gewächshäusern benutzt, aber auch exportiert. 2016 kamen etwa 30 Prozent der Gasimporte nach Deutschland aus den Niederlanden. Das Gas gehört dem niederländischen Staat, der die Förderrechte an die NAM (Niederländische Erdölgesellschaft) ? jeweils zu 50 Prozent in der Hand von Royal Dutch Shell und ExxonMobile ? abgegeben hat. Gefördert wird sowohl konventionell als auch mittels Fracking.

Seit den 1980er Jahren kommt es nun zu spürbaren Erdbeben durch die Gasförderung und das mit steigender Häufigkeit und Stärke. Der Boden, dem schon 75 Prozent der vorhandenen Gasmenge entzogen wurde, senkt sich um bis zu einem Meter. Über 1000 kleine und große Beben wurden bisher gezählt. Sie führen vermehrt zu Schäden an Gebäuden, schon 100000 Haushalte sind betroffen. Die NAM entscheidet selbst über die Entschädigungen und weigert sich oft, angemessen oder überhaupt zu zahlen.

Nach dem bisher stärksten Beben (Stärke 3,6) im Jahr 2012 und den darauf folgenden Protesten hat die niederländische Regierung die Fördermenge mehr als halbiert. Dies schien zunächst zu wirken, bis es zu dem starken Beben Anfang dieses Jahres kam. In der Provinzhauptstadt Groningen gingen daraufhin 12000 Menschen auf die Straße. Die Regierung sah sich gezwungen, die Gasfördermenge weiter zu senken und das Ende der Förderung von 2050 auf 2030 vorzuverlegen. Allerdings ist eine Abnahme der Beben auch jetzt kurzfristig unwahrscheinlich und auch die Frage der Entschädigungen bleibt offen. Deshalb reißt der Protest nicht ab und Groningen bleibt auf der nationalen Agenda. Im Fernsehen kommen besorgte Anwohnerinnen zu Wort; vor der Entschädigungsstelle der NAM haben Betroffene ein Protestcamp errichtet. Drei Menschen waren zeitweise im

Hungerstreik. Für den 28. August, kurz vor den Verhandlungen über die Fördermengen für 2019, ruft das Bündnis *Code Rood* (Alarmstufe Rot) zu massenhaftem zivilem Ungehorsam und einem Klimacamp auf. Kritische Infrastruktur soll blockiert und die Gasförderung gestoppt werden.

Besonders interessant an *Code Rood* ist, dass die Initiative Klimagerechtigkeit und das Ende der Verwendung aller fossilen Brennstoffe fordert. 2017 hat sie als erste Aktion den Amsterdamer Kohlehafen blockiert. Jetzt arbeitet *Code Rood* eng mit der lokalen Bevölkerung zusammen und teilt die Forderung nach angemessener Entschädigung, gleichzeitig bricht das Bündnis die lokale Fokussierung auf und lenkt den Blick auch auf die Folgen des Klimawandels und des Rohstoffabbaus im globalen Süden.

Erdgas ist auch wirklich ein lohnendes Thema für Klimaaktivisten. Die Industrie hat es jahrelang als grüne Brücke weg von Kohle und Öl hin zu den erneuerbaren Energien verkauft. Sein Brennwert ist auch tatsächlich weniger klimaschädlich. Allerdings ist sein Hauptbestandteil Methan ein starkes Treibhausgas. Neue Studien zeigen, dass es überall im Verlauf des Förder-, Transport- und Verbrennungsprozesses austritt und die Gesamtklimabilanz am Ende sogar schlechter sein kann als für Kohle.

Nichtdestotrotz plant die EU-Kommission im Rahmen ihrer Projects of Common Interest (PCI), massiv in Gas-Infrastruktur zu investieren. Überall in der EU mehrt sich nun der Widerstand dagegen und im Sommer soll in Groningen auch ein internationales Zeichen gegen Gasförderung, -abbau und -verbrennung gesetzt werden. In Deutschland ruft das Antikohlebündnis Ende Gelände zur Teilnahme an der Aktion auf. Ende Gelände organisiert seit 2015 Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams in deutschen Braunkohlerevieren. Bevor im Oktober die nächsten Aktionen im Rheinischen Revier bei Köln geplant sind, wollen sie zeigen, dass der Klimawandel nur grenzüberschreitend aufgehalten werden kann und alle fossilen Energieträger in der Erde bleiben müssen. Die verschiedenen Teile der Klimagerechtigkeitsbewegung lassen sich nicht gegeneinander ausspielen, sondern ziehen an einem Strang.

** Johanna Frei kommt aus dem Ruhrgebiet und ist seit Jahren im Rheinischen Braunkohlewiderstand und in der europäischen Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.*